Kurzbericht — öffentlicher Teil

48. Sitzung – Innenausschuss

29. September 2026 – 19:53 bis 20:09 Uhr

Anwesende:

Vorsitz: Thomas Hering (CDU)

CDU	AfD	SPD
Alexander Bauer	Christian Rohde	Rüdiger Holschuh
Holger Bellino	Bernd Erich Vohl	Cirsten Kunz-Strueder
Hans Christian Göttlicher	Sandra Weegels	Sebastian Sack
Andreas Hofmeister		Marius Weiß
Marie-Sophie Künkel		
Stefan Schneider		
Uwe Serke		
Frank Steinraths		

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Freie Demokraten	fraktionslos
Lara Klaes	Moritz Promny	Dirk Gaw
Torsten Leveringhaus		
Christoph Sippel		

Weitere Anwesende:

Minister Prof. Dr. Roman Poseck, Staatssekretär Martin Rößler, Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

(Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung: 19:55 Uhr)

1. Gesetzentwurf
Landesregierung
Gesetz zur Neufassung des Hessischen Sicherheitsüberprüfungs- und Verschlusssachengesetzes und zur Änderung einer weiteren Vorschrift
– Drucks. 21/5197 neu zu Drucks. 21/4531 –

hierzu

Änderungsantrag
Fraktion der Freien Demokraten
– Drucks. 21/5224

hierzu

Änderungsantrag
Fraktion der AfD
Drucks. 21/5225

Abgeordneter **Holger Bellino** verweist auf die heutige Plenardebatte, in der die Gründe dargelegt worden seien, weshalb die Koalition den Änderungsanträgen der Opposition nicht folgen werde. Beim Änderungsantrag der AfD-Fraktion handele es sich entweder um eine böswillige Unterstellung oder um ein Missverständnis; denn die Fraktion der AfD gehe offenbar davon aus, im Zuge einer Sicherheitsüberprüfung werde eine verdeckte Ermittlung betrieben. Vielmehr würden lediglich allgemein zugängliche Informationen zusammengetragen. Ebenso lehne die Koalition das Ansinnen der Fraktion der Freien Demokraten ab, zwei weitere Auskunftspersonen zu befragen; denn an dieser Stelle handele es sich ohnehin schon um einen Eingriff in das persönliche Umfeld.

Abgeordneter **Moritz Promny** nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der Plenardebatte und fügt hinzu, die Fraktion der Freien Demokraten ziele mit ihrem Änderungsantrag auf mehr Rechtsklarheit ab und habe sich im Wesentlichen an den Einlassungen der Anzuhörenden orientiert.

Abgeordneter **Christian Rohde** weist darauf hin, im Rahmen der Anhörung habe Professor Dr. Indra Spiecker moniert, unklar sei, ob die Behörden zur Recherche eigene Profile erstellen dürften. Vor dem Hintergrund dieser Kritik habe die AfD-Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag formuliert. Fake Profile könnten auch dafür genutzt werden, um im öffentlichen Raum Informationen zu ermitteln, die sich ansonsten möglicherweise nicht ermitteln ließen. Die Nutzung von Fake Profilen sollte deshalb ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus trete die Fraktion der AfD dafür ein, die Übermittlung von Daten an Polizei und Staatsanwaltschaften an Straftaten von erheblicher Bedeutung zu knüpfen und somit Bagatelldelikte außen vor zu lassen. In diesem Zusammenhang erinnere er an die jüngste Novelle des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung, in der eine ähnlich gelagerte Entscheidung zu treffen gewesen sei.

Beschluss:
INA 21/48 – 29.09.2026

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in der Fassung der zweiten Lesung in dritter Lesung anzunehmen.

(CDU, SPD, Enthaltung AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten)

Zuvor wurde der Änderungsantrag, Drucks. 21/5224, abgelehnt.

(CDU, SPD gegen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten, Enthaltung AfD)

Ebenso wurde der Änderungsantrag, Drucks. 21/5225, abgelehnt.

(CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Freie Demokraten gegen AfD)

Berichterstattung:	Holger Bellino
Beschlussempfehlung:	Drucks. 21/5292

(Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 20:02 Uhr –
Weiter mit nicht öffentlichem Teil)

Wiesbaden, 20. Oktober 2026

Protokollführung: Vorsitz:

Henrik Dransmann Thomas Hering